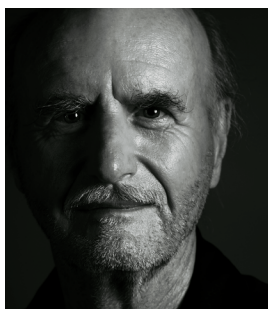


NO
57

2024

Forum Flugplatz Dübendorf



PETER BOSSHARD
DÜBENDORF
PRÄSIDENT

Die Verteidiger einer überholten Konzeption von Neutralität können nicht sagen, wie sich die Schweiz heute allein gegen eine moderne Aggression wehren könnte!

Im Jahr 1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Armee und leistungsstarken Luftwaffe bekennen.

Werden Sie Mitglied vom Forum Flugplatz Dübendorf / Swiss-F35 und senden Sie uns Ihre Anmeldung von Seite 12 zu.

FORUM INFO NR. 57

INFO SPEZIAL

! DIE ZEIT LÄUFT UNS DAVON !

Liebe Vereinsmitglieder und Interessenten, Oberst i Gst **Jürg Kürsener** schreibt in der Oktoberausgabe des Schweizer Soldat was auch im Buch von **Wolfgang Ischinger** «Welt in Gefahr» nachzulesen ist: «Der ehemalige KGB-Offizier **Wladimir Putin** hat bereits 2007 an der Sicherheitspolitischen Konferenz in München mit harten verbalen Attacken auf die NATO angekündigt, was von ihm später zu erwarten sei.» Nur hat es damals niemand so richtig ernst genommen, auch die Nachrichtendienste der meisten Länder in Europa nicht. Und jetzt ist es ernst.

«**Die Lage war im Kalten Krieg nie so gefährlich wie heute**», sagt Erhard Bühler, ehem. Viersternegeneral der Bundeswehr und Kommandeur der «Allied Joint Forces Command der NATO» in Brunssum. «Wohl könnte Russland irgendwann in der Lage und auch gewillt sein, Territorium in Europa anzugreifen und sei es nur, um die NATO auszutesten und ein Faustpfand für Verhandlungen zu haben. Das politische Ziel ist vollkommen klar: **Russland will die Amerikaner aus Europa vertreiben und die NATO und die EU so weit zu schwächen, dass sie irrelevant werden**».

Am 23.10.24 liess sich auch Christian Dussey vom Nachrichtendienst des Bundes (NDB) mit klaren Worten dazu vernehmen.

Die Uhr der Zeitenwende tickt seit 2007...

... während wir uns damals noch mit der Armee XXI beschäftigten und uns im tiefsten Frieden wähten. Seit 2015/16 hat Russland in Kaliningrad und Sankt Petersburg **Raketten vom Typ Iskander sowie Marschflugkörper** mit grosser Reichweite stationiert, die nuklear bewaffnet werden können. Das stellt eine Bedrohung für ganz Westeuropa dar». (Quelle: NZZ, Morten Freidel, Berlin

vom 22.10.24). Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte man bei uns das Projekt «WEA» und Aufwuchs gründlich überarbeiten müssen. Wie sagt man: **«Wer strategische Entscheidungen fällt, muss von Standlicht auf Fernlicht umschalten!»** Die «WEA» wurde, entgegen berechtigten Einwänden diverser Miliz-Organisationen vom Parlament durchgewinkt. Der «Scherbenhaufen» liegt nun vor, die Versprechungen wurden nicht eingehalten und die Zeit für die dringende Rückgewinnung der Verteidigungsfähigkeit läuft uns davon!

WELT
IN
GEFAHR

Die Schweizer Bevölkerung dürfte der-einst einen sehr hohen Preis bezahlen wenn die Armee nicht innerhalb nützlicher Frist die notwendigen Mittel, nämlich 1% des BIP bis 2030 erhält!

Gefährliches Pokerspiel

«Der Streit um das Schweizer Armeebudget verträgt keine faulen Tricks», bemerkt Fabian Schäfer in seinem NZZ-Artikel vom 05.06.24. Er hat absolut recht, die Schweizer Armee darf auf keinen Fall als Verlierer aus dem Parteienpoker hervorgehen, sie würde ihre Glaubwürdigkeit definitiv verlieren! Sicher ist, dass unser Parlament, das schlussendlich die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung tragen muss, die Mittel für unsere Landesverteidigung bewilligen muss, egal aus welcher Kasse es dann genommen wird.

Dieses **Forum Info 57** soll mit vielen ausländischen Statements unmissverständlich auf die gefährliche Situation in Europa hinweisen, die in der aktuellen Lage eindeutig von Russland ausgeht. Leider gibt es auch bei uns Parteien und zivile Miliz Organisationen, die diese Tatsache nicht erkennen wollen!
Ihr Peter Bosshard

**MARIKA
LINNTAM,
ESTLAND**

**ALDA
VANAGA,
LETTLAND**

**GIEDRIUS
PUODZIUNAS,
LITAUEN**

**JAN
TOMBINSKI,
POLEN**

**Die
Botschafterinnen
und Botschafter
der Baltischen
Staaten wissen
wovon sie reden!**

**SPD Deutschland ist
nicht SP Schweiz!**
*Ideologische Unter-
schiede:*

SPD-Chefin Saskia Esken bekräftigt die Notwendigkeit der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Sie die-
ne der Abschreckung,
schrieb Esken in
einem Gastbeitrag für
das Portal «t-online».
«Sollte Kremlchef
Wladimir Putin uns
oder unsere Verbün-
deten angreifen muss
er mit einem Gegen-
schlag rechnen.

Frieden für die Ukraine?

FAZ, 4.10.2024

Drei ostdeutsche Politiker haben in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mehr diplomatische Anstrengungen für einen Frieden in der Ukraine gefordert. Die Vertreter der baltischen Staaten und Polens in Deutschland antworten ihnen nachfolgend.

Wir, die Botschafterinnen und Botschafter der baltischen Länder und Polens, haben den gemeinsamen Gastbeitrag der Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg, Michael Kretschmer und Dietmar Woidke, sowie des Thüringer CDU-Vorsitzenden Mario Voigt zum Thema Russland und die Ukraine mit Interesse zur Kenntnis genommen.



Marika Linntam ist
Botschafterin Estlands



Alda Vanaga ist
Botschafterin Lettlands



Giedrius Puodžiūnas ist
Botschafter Litauens



Jan Tombiński ist
Geschäftsträger Polens

Das gilt auch für ihre Forderung, den östlichen Partnern Deutschlands, wie Polen und den baltischen Staaten, in grundlegenden Fragen von Sicherheit und Frieden Gehör zu schenken. Deswegen kommentieren wir gern gemeinsam die im Gastbeitrag angesprochenen Fragen. Wir wissen, dass unsere Stellungnahme auch von anderen Ländern, insbesondere von unseren nordischen Nachbarn, geteilt wird.

Wir alle hoffen auf einen baldigen Frieden. Er könnte heute eintreten, würde Russland sofort den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine beenden. Solange dies nicht geschieht, werden unsere Länder in Übereinstimmung mit internationalem Recht die Unterstützung für die Ukraine fortsetzen, um dem Land in seinem Kampf für Freiheit zur Seite zu stehen. Wir sind stolz, dass unsere Länder zu den stärksten Unterstützern der Ukraine zählen.

Wenn heute vermehrt Rufe nach einem Waffenstillstand und Gesprächen mit Russland laut werden, unterstreichen wir mit Nachdruck die starke Unterstützung unserer Länder für die Friedensformel der Ukraine. Die Ukraine verdient einen gerechten und dauerhaften Frieden, der auf den Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere der UN-Charta, und auch auf den Grundsätzen und Verpflichtungen der OSZE basiert und die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine respektiert. **Friedensvorschläge und Kompromisse dürfen nicht auf Kosten des Landes gehen, das Opfer einer militärischen Aggression ist.**

Es ist kein Geheimnis, dass Präsident Putin das Ziel verfolgt, Europa in Einflusszonen zu spalten. Dies erinnert uns an die dunkelsten Kapitel der europäischen Geschichte. Daher muss eines klar sein: **Es ist allein Sache der Ukraine zu entscheiden, ob, wann und wo-rüber verhandelt wird.** Wir halten also an dem wichtigen Prinzip fest: «Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine».

Die Ukraine hat sich durch ihren Friedensplan offen für Gespräche mit Russland gezeigt. Bisher weigert sich Moskau, an solchen Gesprächen teilzunehmen. **Russland scheint externe Forderungen nach Kompromissen eher als Zeichen von Schwäche zu deuten.** Russlands Bestrebungen untergraben die Grundsätze der internationalen Beziehungen, die weltweit Sicherheit und Stabilität gewährleisten. Unbestrittenes Ziel aller demokratischen Länder muss es sein, die Ukraine gegen den russischen Aggressor zu verteidigen und die russischen imperialen Ambitionen zu stoppen. Die Lehren aus früheren «Friedensgesprächen» mit Russland dürfen nicht vergessen

Deutsche Geheimdienste:

Noch nie haben deutsche Geheimdienste und die Spitze der Bundeswehr so vor der von Russland ausgehenden Gefahr gewarnt.

WOLFGANG ISCHINGER

Wolfgang Friedrich Ischinger, geb. am 6.04.1946 in Beuren, ist ein deutscher Jurist und Diplomat.



SÖNKE NEITZEL

werden – weder bezüglich der Ukraine noch Moldaus oder Georgiens, deren Souveränität und territoriale Integrität durch Russland ebenfalls verletzt werden. Alle Forderungen nach einer Beendigung des Angriffskriegs sind einzig und allein an Moskau zu richten.

Unsere Länder sind weiterhin entschlossen, Russlands Angriffskrieg zu bekämpfen, indem sie seinen Einfluss, seine Handlungsfreiheit und seine Fähigkeit, Schaden anzurichten, einschränken, unter anderem durch Sanktionen sowie Massnahmen zur Verhinderung ihrer Umgehung, aber auch durch Massnahmen, die gewährleisten, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Die Verantwortlichen für die Auslösung des Angriffskrieges und die dadurch verursachten Gräueltaten müssen nach internationalem Recht verurteilt und verfolgt werden. Russland muss gezwungen werden, für die von

Wolfgang Ischinger war Staatssekretär im Auswärtigen Amt (DE) sowie Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington und London. Von 2008 bis 2022 leitete er als Nachfolger von Horst Teltschik die Münchner Sicherheitskonferenz.

In seinem Buch «Welt in Gefahr» beschreibt er die Regeln und Abkommen, die Russland mit der Annexion der Krim und der Invasion der Ostukraine aus westlicher Sicht verletzt hat:

- Grundsätze der KSZE-Schlussakte von 1975, in denen sich die Staaten (auch Russland) zur Unverletzlichkeit der Gren-

Sönke Neitzel, geb. 26. Juni 1968 in Hamburg, ist ein deutscher Historiker mit dem Schwerpunkt Militärgeschichte. Von 2011 bis 2012 war er Professor für Modern History an der University of Glasgow und von 2012 bis 2015 für International History an der London School of Economics. Seit 2015 ist er Lehrstuhl-Inhaber für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam und damit der derzeit einzige Professor für Militärgeschichte in Deutschland.

der Ukraine erlittenen Verluste aufzukommen. Auch die Rückführung ukrainischer Staatsangehöriger, insbesondere Kinder, die gewaltsam nach Russland verschleppt wurden, muss im Fokus stehen.

Wir werden die Reformagenda der Ukraine zur Förderung der euroatlantischen Integration, einschliesslich der Mitgliedschaft in der EU und in der NATO, auch weiterhin nachdrücklich unterstützen. Die bisher erzielten bedeutenden Fortschritte des Landes bei den notwendigen Reformen sind zu würdigen.

Die Ukraine, die seit über einem Jahrzehnt der russischen Aggression ausgesetzt ist, davon mehr als zweieinhalb Jahre einem umfassenden Krieg, beweist weiterhin aussergewöhnliche Entschlossenheit bei der Ausübung ihres angeborenen Rechts auf Selbstverteidigung. Es liegt in unserem eigenen Interesse, dass wir die Ukraine weiterhin mit ganzer Kraft unterstützen.

zen und zur friedlichen Regelung von Streitfällen verpflichtet haben.

- das Budapester Memorandum von 1994, bei dem der Ukraine Sicherheitsgarantien für die Achtung ihrer bestehenden Grenzen gemacht wurden, während Kiew sich im Gegenzug bereit erklärte, auf die sowjetisch-ukrainischen Nuklearwaffen zu verzichten.
- die Charta von Paris von 1990.
- die NATO-Russland-Grundakte von 1997.
- den Freundschaftsvertrag und den Flottenstationierungsvertrag mit der Ukraine von 1997.
- die Charta der Vereinten Nationen.

Sönke Neitzel sagte in einer «Maischberger-Sendung:

Putin hat immer gedroht und dann aber nichts getan. Die Wahrnehmung, die die Europäer in Russland erzeugen, ist die von Schwäche. Wenn wir nicht wollen, dass Verhandlungen zumindest möglich sind, dann sollten wir die Ukraine weiter massiv unterstützen.



**WOLODIMIR
SELENSKI**

Der ukrainische Präsident **Volodymyr Selenski** hat seinen «Siegesplan» für die Beendigung des Krieges mit Russland in Kiew präsentiert. Zentral ist dabei eine schnelle Einladung zum Beitritt in das westliche Militärbündnis NATO.

Nebstehend dazu einige publizierte Anmerkungen.



**WOLF
BIERMANN**

1. Einladung in die NATO

In der NATO gibt es keinen Konsens in dieser Frage. Zwar betont die NATO-Führung regelmäßig, dass Kiew zukünftig dem Bündnis beitreten kann. Doch sprechen sich mehrere Bündnisstaaten öffentlich gegen eine solche Beitrittsperspektive aus. Eines der deklarierten Kriegsziele Moskaus ist es auch, einen neutralen Status der Ukraine zu erzwingen.

2. Den Krieg nach Russland tragen

Ein zweiter Punkt sieht eine Stärkung der Verteidigung vor. Zudem soll der Krieg auf das Gebiet Russlands ausgeweitet werden. «Das ist realistisch – unsere Positionen auf dem Schlachtfeld in der Ukraine halten und gleichzeitig den Krieg auf das Gebiet Russlands zurückbringen, damit die Russen wirklich spüren, was Krieg heisst», sagt Selenski. Ziel sei es, den Hass der Russen in Richtung des Kremls zu lenken. Zu diesem Zweck soll die seit August laufende Operation der ukrainischen Armee im russischen Grenzgebiet Kursk fortgesetzt werden. Für die Umsetzung dieses Punkts ist auch eine Freigabe für den Einsatz westlicher Waffen gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet erforderlich.

3. Die Ukraine zur Abschreckung aufrüsten

Ausserdem sollen in der Ukraine mit der Hilfe westlicher Partner ausreichend konventionelle Waffen produziert und stationiert werden, um Russland von weiteren Angriffen abzuhalten. «Wenn Russland weiss, dass es eine Antwort geben wird und begreift, wie diese Antwort aussieht, wählt es Verhandlungen und eine stabile Koexistenz sogar mit strategischen Gegnern», erläuterte der Prä-

Wolf Biermann sagte in einer Talk-Sendung:

Die, die zu feige waren in der Diktatur, rebellieren jetzt ohne Risiko gegen die Demokratie.

Den Bequemlichkeiten der Diktatur jammern sie nach, und die Mühen der Demokratie sind ihnen fremd.

sident das Vorhaben. Frieden solle so durch Stärke erzwungen werden. Zwar fangen viele westliche Rüstungsfirmen an, in der Ukraine zu produzieren. Die notwendige Finanzierung erhofft sich Selenski aber von den westlichen Staaten. Nach mehr als zweieinhalb Jahren beispielloser Hilfe fahren Länder wie die USA und Deutschland allmählich ihre Unterstützung zurück. Die NATO macht der Ukraine derzeit keine Hoffnung auf eine schnelle Einladung.

4. Zugriff auf ukrainische Rohstoffe

Die Ukraine verfüge über wertvolle Rohstoffe «im Wert von Billionen US-Dollar», sagte Selenski. Als Beispiele nannte er Uran, Titan, Lithium und Graphit. Die Frage sei, ob diese Ressourcen im globalen Wettbewerb an Russland und dessen Verbündete fielen oder bei der Ukraine und der demokratischen Welt verblieben. Mit diesem Vorschlag versucht Selenski, die westlichen Partner zu locken. Auch in Moskau wird oft damit argumentiert, dass Russland sich diese Rohstoffe sichern müsse.

5. Ukraine als europäische Sicherheitsmacht

Die Ukraine werde nach einem Ende des russischen Angriffskrieges ihre militärische Erfahrung für die Sicherheit Europas und der NATO nutzen, so Selenski. Ihre Soldaten könnten in Europa sogar US-Truppen ersetzen. Dieser Vorschlag zielt offenbar auf die USA. Diese hoffen, ihr Engagement auf dem europäischen Kontinent zurückfahren zu können – ob unter republikanischer oder demokratischer Regierung. Der ukrainische Vorschlag würde aber eine komplizierte Abstimmung zwischen Washington, den europäischen Hauptstädten und Kiew erfordern.

Deutscher Liedermacher und Lyriker, geb. 15. September 1936 in Hamburg. 1953 siedelte Wolf Biermann als kommunistischer Jugendlicher in die DDR über. Mit der Zeit wandelte er sich zu einem scharfen Kritiker der SED und der DDR, weswegen 1965 gegen ihn ein Auftritts- und Publikationsverbot verhängt wurde. 1976 wurde ihm nach einem Konzert in Köln die Wiedereinreise in die DDR verweigert und er wurde ausgebürgert.



NICO LANGE

Nico Lange, geb. 23.03.75, ist ein deutscher Politikwissenschaftler und Publizist.

Er war von 2012-2017 in Leitungspositionen für die Konrad-Adenauer-Stiftung und anschliessend in der saarländischen Staatskanzlei in der Zentrale der CDU tätig.



RODERICH KIESEWETTER

Sieben Thesen

Wer sich nach fast 1000 Tagen Krieg einen Überblick über die sehr verfahrenere Lage verschaffen möchte, dem empfehle ich die ARD-Podcasts mit dem exzellenten Sicherheitsexperten Nico Lange. Seine sieben wesentlichen Aussagen sind:

1.

Die von allen gefürchtete und angeblich unschlagbare russische Armee hat trotz vermeintlich unendlicher Ressourcen bislang keines ihrer Kriegsziele erreicht. Alle Schlachtpläne Russlands sind gescheitert, zu grossen Operationen ist die russische Armee derzeit nicht fähig.

2.

Das einzige, was Russland neben seinem Terror gegen die ukrainische Zivilbevölkerung schafft, ist ein extrem langsames Vorrücken im Donbass. Unter enormen eigenen Verlusten bei Mensch und Material werden dort strategisch unbedeutende Dörfer dem Erdboden gleich gemacht.

3.

Da diese Art der Kriegsführung nicht lange aufrechterhaltbar ist, setzt Putin längst nicht mehr auf militärische Erfolge, sondern auf die **Erosion der Entschlossenheit und Kooperation des Westens**. Putins Strategie ist nicht militärischer, sondern psychologischer Natur.

4.

Und Putin ist damit bislang erfolgreich: Die unentschlossenen, führungslosen und innenpolitisch gelähmten westlichen Staaten be-

«Es ist an der Zeit, dass wir uns festlegen, was die Ukraine angeht. Soll sie zur westlichen Wertegemeinschaft gehören- zur EU und NATO- oder nicht? Falls ja, dann müssen die westlichen Staaten und dazu gehört Deutschland in die Vollen gehen. Ein Mittelweg, wie ihn der Kanzler mit seiner sog. Besonnenheit versucht, zieht den Krieg nur in die Länge. Der Ukraine gerade so viele Waffen liefern, damit sie nicht verliert - in der Hoffnung, dass Russland irgendwann aufhört. **Was für eine fatale Fehleinschätzung! Die Folgen: «ein womöglich endloser Krieg und noch vielmehr Leid und Tod».**

Nordkoreanische Soldaten führen an der Seite Russlands einen Krieg gegen Europa,

fänden sich in einem selbst gebauten «geistigen Gefängnis», welches darin bestehe zu glauben, Russland werde letztendlich ohnehin gewinnen.

5.

Dabei würden die Erfahrungen dieses Krieges zweierlei zeigen: Die Ukraine sei zu militärischen Erfolgen fähig, wenn man ihr dafür die Mittel gäbe. Und Putins «Eskalation des Krieges» sei nicht am Schlachtfeld beobachtbar, sondern wäre bloss eine Angst in unseren Köpfen.

6.

Der einzige Weg zu einem raschen Frieden sei es demnach nicht, auf Putins Einsehen und Vernunft zu hoffen, sondern durch **massiven militärischen Druck Russland zur Aufgabe zu zwingen**. Dafür bräuchte es gar nicht viel und davor müsste der Westen auch keine Angst haben.

7.

Dem Westen fehle es aber an einer derartigen Gesamtstrategie. Man sei in Europa hauptsächlich besorgt, aber im Wesentlichen **untätig**. Man würde zwar immer wieder halberzige Unterstützung leisten, sich dann aber über die Erfolglosigkeit dieser Unentschlossenheit wundern.

Niko Lange schliesst mit der zentralen Frage: Was für ein Europa wollen wir sein? **Eines, das mehr oder minder tatenlos zuseht, wenn eines ihrer Nachbarländer vernichtet werden soll? Oder eines, das entschlossen handelt – auch wenn dies vorübergehend etwas unbequem ist?**

während iranische Raketen und chinesische Drohnen ukrainische Städte zerbomben. Europa wird angegriffen - **und das nicht nur hybrid. Appeasement bringt nichts**. Wann erfolgt eine politische Reaktion der Stärke und Abschreckung?

Roderich Kiesewetter, bekannt als Gastreferent und Sachverständiger in diversen Fernsehsendungen, ist am 11.09.1963 in Pfullendorf (D) geboren. Er ist ein profiliertes deutscher Sicherheitspolitiker (CDU), Oberst a.D. der Bundeswehr und seit 2009 direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages für den Bundestagswahlkreis Aalen – Heidenheim. Von 2011 bis 2016 war er Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr.



DR. THOMAS HALDENWANG

Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz



KEN MCCALLUM

MI5-Chef warnt vor Chaos auf Europas Strassen durch russische Spione.

Russland gefährdet nach Überzeugung von Ken McCallum die Sicherheit in Europa. Moskau will die Entschlossenheit des Westens im Ukrainekrieg schwächen.

Eindringliche Warnungen von Geheimdiensten

Stand: Oktober 2024

Die deutschen Geheimdienste warnen Bei einer öffentlichen Anhörung warnte der Präsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz, **Thomas Haldenwang**, im Plenum des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages vor zunehmenden russischen Aktivitäten in Deutschland. **«Wir beobachten ein aggressives Agieren der russischen Nachrichtendienste», insbesondere nehmen russische Spionage und Sabotage in Deutschland zu, sowohl qualitativ als auch quantitativ».**

Nur durch Zufall einem Flugzeugabsturz entgangen

Haldenwang erwähnte in diesem Zusammenhang auch den Brand eines Luftfrachtpakets in einem DHL-Logistikzentrum im Juli. Deutschland sei damals nur knapp an einem Flugzeugabsturz vorbeigeschrammt. Dieser hätte womöglich auch Menschen getroffen, die «mit Putin und seinen Zielen sympathisieren». Es sei nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, dass das Paket damals noch am Boden im DHL-Logistikzentrum Leipzig und nicht während des Fluges in Brand geraten sei, erklärte Haldenwang.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa bestand der glückliche Zufall darin, dass der Weiterflug des aus dem Baltikum stammenden Frachtpakets sich in Leipzig verzögerte. Das Paket hatte einen Brandsatz enthalten, der dort zündete und einen Frachtcontainer in Brand setzte. In Sicherheitskreisen wird davon ausgegangen, dass der Vorfall im Zusammenhang mit russischer Sabotage steht.

Der britische Geheimdienst MI5 warnt vor Russland

«Zunehmende Rücksichtslosigkeit»

Der britische Geheimdienst MI5 sieht Anzeichen dafür, dass russische Spione «Chaos auf britischen und europäischen Strassen» auslösen wollen. Russland würde vermehrt Kriminelle für Sabotageaktionen einspannen.

Mit deutlichen Worten hat der Chef des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 **Ken McCallum** vor einer **schweren Einmischung Russlands in die europäische Si-**

cherheit gewarnt. Russische Spione wollten «nachhaltiges Chaos auf britischen und europäischen Strassen» anrichten, sagte **Ken McCallum** in seiner jährlichen Rede zur Bedrohungslage des Landes in London.

Die «Handlanger» von Kremlchef **Wladimir Putin** wollten «in der fehlgeleiteten Hoffnung» zuschlagen, die **Entschlossenheit des Westens im Ukrainekrieg zu schwächen**, sagte McCallum der Zeitung Telegraph zufolge.

Russland spannt Kriminelle ein

Zwar habe die Ausweisung Hunderter russischer Diplomaten aus europäischen Staaten unter Spionageverdacht die Fähigkeiten Russlands geschwächt, Schaden anzurichten. Doch setzten Russland und andere Staaten wie Iran zunehmend Kriminelle für ihre Zwecke ein.

«Wir haben Brandstiftung, Sabotage und mehr erlebt. Gefährliche Aktionen, die mit zunehmender Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden», sagte der MI5-Chef. Drahtzieher sei vor allem der **russische Militärgeheimdienst GRU**, der auch den Giftanschlag von Salisbury auf den Doppelagenten Sergej Skripal 2018 verübt habe.

Derzeit sind sieben Menschen angeklagt, im März im russischen Auftrag einen Brandanschlag auf ein ukrainisches Unternehmen in London verübt zu haben.

Spionage und Sabotage durch Russland nehmen in Europa zu

14.10.2024 / ARD

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes **Dr. Bruno Kahl**, schlägt in die gleiche Kerbe: «die Aktivitäten Moskaus würden ein bislang ungekanntes Niveau erreichen».

Moskau will den Menschen in Europa sagen: **Solange ihr bereit seid, den Krieg in der Ukraine zu unterstützen, wird euer Leben schwieriger und unbequemer werden.**

Wieso greift Russland zur Sabotage in Europa? Russland-Kenner **Keir Giles** sieht den Mehrwert von Sabotageaktionen in der Informationsbeschaffung. Russland könne



**MARK
GALEOTTI**

**Britischer Historiker,
Russlandexperte:**

«Putin ist ein unheimlicher Mensch, der viele seltsame Dinge glaubt».

Er erklärt sein Welt-sicht und sagt: «Putin stehe mit dem Rücken zur Wand – und der Westen würde an einem Sieg Russlands zerbrechen».



**DR. BRUNO
KAHL**

**Präsident des dt.
Bundesnachrichtendienstes.**

«Der Bundesnachrichtendienst war noch nie so wichtig wie heute. Gemeinsam mit unseren Partnern sichern wir Freiheit und Frieden in Deutschland.»

auch aus den Reaktionen der einzelnen Länder lernen, wie sich diese schützen, wie sie gegen Täter ermitteln. Dazu machen Sabotageakte das Leben in Europa unangenehmer, sagt **Mark Galeotti**. Er schrieb mehr als 30 Bücher zu Russland und dem Kreml. **Es gibt nichts, was eure Regierungen dagegen tun können.** Das ist eine heimtückische, aber recht effektive Art, die nationale Moral zu beeinflussen.»

**Welche Fälle der Sabotage werden
Russland zugeschrieben?**

Im letzten April flogen zwei verdächtige Drohnen über einen US-Stützpunkt in Deutschland, zwei Deutschrussen wurden verhaftet – der Verdacht: Spionage. In Polen soll im Mai ein Militärflughafen ausspioniert worden sein, das Ziel ein mögliches Attentat auf den ukrainischen Präsidenten **Wolodimir Selenski**. Im lettischen Riga hat im letzten Februar eine Person einen Molotowcocktail ins Museum zur sowjetischen Besatzung geworfen. Der Geheimdienst hat Moskau im Verdacht. Im letzten Juni will ein Mann in Prag einen Anschlag auf Linienbusse verüben, laut Behörden ebenfalls im Auftrag des Kremls. Erst noch im Juli war **Wolodimir Selenski** in Polen zu Gast.

*Welche Grössenordnung hat die
russische Sabotage?*

Das wahre Ausmass der russischen Angriffe kann nicht abgeschätzt werden. Vieles findet im Verborgenen statt.

Müssen Anschläge befürchtet werden?

Auch wenn Terroranschläge nicht ausgeschlossen werden können, schränkt Galeotti ein: «Die Russen müssen nicht unbedingt einen aufsehenerregenden Bombenanschlag in einer Grossstadt verüben, denn ihr Ziel ist nicht Terror, sondern **Unannehmlichkeiten.**» Daher müssten die Menschen auch keine Angst haben, sollten aber wachsam sein. Denn Angst sei genau das, was Russland bei einigen Vorfällen erreichen wolle. Gebe man der Angst nach, würden die Ziele Russlands erfüllt.

*Was unternimmt Europa gegen
die russische Sabotage?*

Zahlreiche russischen Agenten wurden seit 2022 aus Botschaften in ganz Europa ausgewiesen, erklärt Galeotti. Es gebe zudem stärkere Kontrollen bei der Einreise. Daher hat sich gemäss dem Russland-Kenner auch die

Rekrutierung der Agenten verändert: «Für den Kreml ist es viel schwieriger geworden, eigene Agenten einzusetzen. Stattdessen sucht er nach irgendwelchen Menschen. Oft sind das Kriminelle, die vielleicht nicht einmal wissen, dass sie für Moskau arbeiten.»

**Die Leiter der deutschen Nachrichten-
dienste des Bundes...**

...haben in drastischen Worten vor einer wachsenden Bedrohung durch Spionage, Sabotage und Desinformation durch russische Geheimdienste gewarnt. **«Der Kreml sieht den Westen und damit auch Deutschland als Gegner»**, sagte Kahl. Putin werde «rote Linien» des Westens austesten. Es gehe ihm «um die Schaffung einer neuen Weltordnung». Die russischen Geheimdienste agierten dabei «ohne jede rechtliche Beschränkung und vor allem ohne jegliche Skrupel».

Eine weitere Verschärfung der Lage sei «alles andere als unwahrscheinlich», sagt **Dr. Bruno Kahl**. Zudem steige das Risiko, «dass sich irgendwann die Frage eines NATO-Bündnisfalls stellen könnte».

Die russischen Streitkräfte sind nach Ansicht von Chef des Bundesnachrichtendienstes spätestens 2030 in der Lage, NATO-Gebiet anzugreifen.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gebe Russland ein Vielfaches dessen aus, was NATO-Staaten in ihre Verteidigung investierten. Der Kreml wolle die USA aus Europa herausdrängen und die NATO mindestens auf den Stand der späten 1990er Jahre zurückdrängen.

Thomas Haldenwang wies daraufhin, dass er die Bedrohung durch russische Aktivitäten in westlichen Staaten bereits vor zwei Jahren als «Sturm» und die durch chinesische Aktivitäten als «Klimawandel» bezeichnet habe. Dieser Einschätzung sei weiterhin zutreffend. **«Aber aus dem Sturm ist inzwischen ein veritabler Hurrikan geworden»**, sagte Haldenwang. «Dieser Hurrikan zieht mit Macht von Ost nach West». In Polen und Baltikum gingen russische Dienste bereits viel brutaler zur Sache.»

Die russischen Dienste seien sowohl in der Realwelt, als auch im Cyberraum aktiv. «Deutschland ist im Fokus dieses hybriden Krieges Russlands gegen die westlichen De-



KEIR GILES

Keir Giles ist ein leitender Berater des Russland- und Eurasien-Programms.

Keir Giles unterstützt das Institut seit 2013 in seiner auf Russland fokussierten Forschung. Zuvor arbeitete er mit dem BBC Monitoring Service und der UK Defence Academy zusammen, wo er über russische Militär-, Verteidigungs- und Sicherheitsfragen schrieb. Er befasste sich mit der russischen Sicherheitspolitik, Strategie und Cyberaktivitäten sowie mit den Beziehungen zu seinen Nachbarn in Nordeuropa.

JÜRIG KÜRSENER

Oktoberausgabe des Schweizer Soldat

mokratien», sagte Haldenwang. Die Aktivitäten umfassten eine Einflussnahme auf innerdeutsche politische Diskussionen, aber auch Cyberangriffe gegen kritische Infrastrukturen sowie Sabotage. Russland nehme dabei **«auch die Gefährdung von Menschenleben»** in Kauf.

Auch der Militärische Abschirmdienst der Bundeswehr (MAD) warnte vor Ausspähversuchen kritischer Infrastrukturen. «Die Bundeswehr steht dabei im Fokus», sagte die Präsidentin des MAD, **Martina Rosenberg**. Dabei gehe es darum, deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine, Ausbildungsvorhaben oder Rüstungsprojekte aufzuklären, oder darum, durch Sabotagehandlungen in der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit zu vermitteln.

Das Putin-Regime setzt daher nun offenbar auf eine Strategie, die in der Welt der Geheimdienste als völlig neu gilt. Die Dienste setzen sogenannte Wegwerf-Agenten ein, die in den Behörden auch als low-level- oder als one-use-Agenten bekannt sind.

Rekrutierung per Telegram

Die russischen Dienste werben diese sogenannten «Proxies» in den Sozialen Medien an, in der Regel in russland-affinen Kanälen des Messenger-Dienstes Telegram. Nach Informationen von «WELT» aus den Sicherheitsbehörden handelt es sich dabei um russischsprachige Personen zwischen 20 und 30 Jahren, oft mit krimineller Vorgeschichte und hoher IT-Affinität. Dem Ruf Moskaus folgen sie in der Regel aus monetären oder ideologischen Gründen, heisst es.

Unter dem Deckmantel der Anonymität werden die Wegwerfagenten den Beobachtungen zufolge von hauptamtlichen Mitarbeitern russischer Geheimdienste angeworben, um Aktionen im Sinne des Kremls durchzuführen.

NATO:

75 Jahre Einsatz für Sicherheit und Freiheit

Russland hat es nie verwunden, vor allem Putin nicht, dass ehemalige Verbündete im WAPA ihre Zukunft nun im Westen suchen.

Der ehemalige KGB-Offizier hat bereits 2007 an der Sicherheitspolitischen Konferenz in

Dazu zählten Aktionen zur Einflussnahme, etwa das Anbringen pro-russischer Schmierereien, aber auch zur Spionage. So wurden mutmassliche low-level-Agenten bereits beim Ausspähen militärischer Liegenschaften, etwa mithilfe professioneller Drohnen, angetroffen.

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz **Thomas Haldenwang** warnte davor, dass aus Ausspähungen Sabotageaktionen werden könnten. **«Eine Drohne kann man mit einer Kamera bestücken. Eine Drohne kann man auch mit Sprengstoff bestücken».**

Mutmassliche Spionage und Sabotage «Polen wird permanent hybrid angegriffen»

01.09.2023, ARD

Vor wenigen Wochen legten Unbekannte den Bahnverkehr in Polen teilweise lahm - und spielten über Funk die russische Hymne. Behörden zeigen sich nervös ob der Vermutung, das Land könnte in den Fokus russischer Geheimdienste geraten sein.

Die Qualität ist miserabel, das Funksignal aber doch verständlich. «Für den Sieg» ruft Russlands Präsident Wladimir Putin, «Hurra» rufen die Soldaten. Dann kommt die russische Hymne. Zugführer in der Nähe von Stettin haben das Signal Ende August über Funk gehört - nach einem anderen Funkkommando, dem sogenannten Radiostopp, ein ferngesteuerter Notstopp. Mehr als 20 Züge blieben daraufhin stehen. Der Güterverkehr in der Region wurde zeitweilig komplett eingestellt. Der Inlandsgeheimdienst ABW ermittelt, erklärte anschliessend Stanislaw Zaryn, der Staatssekretär des Premierministers. «Im Moment schliessen wir kein Szenario aus», so Zaryn. Der Vorfall muss aufgeklärt werden, auch wegen der aktuellen Bedrohung für den polnischen Staat.

München mit harten verbalen Attacken auf die NATO angekündigt, was von ihm später zu erwarten war. Nur hat es damals niemand so richtig ernst genommen. Das Signal war aber deutlich und ein Indiz dafür, was der «neue Zar» im Kreml sich für die Zukunft vorstellt, **nämlich die Wiederherstellung der Sowjetunion, möglichst in ihren alten Grenzen.**

KONRAD ALDER

Herausgeber der
**Militärischen Nach-
richten MNS.**

Stellungnahme zur Ex-
pertengruppe Aufga-
ben- und Subventions-
überprüfung 2024»
unter der Leitung von
Serge Gaillard.

**CDU-Aussenpoliti-
ker Norbert Röttgen**

sagt: «Diplomatie
hat erst eine Chance,
wenn Putin erkennt,
dass er mit Krieg
nichts erreichen kann».
Unser erfolgreiches,
aber auch bequemes
Wohlstandsmodell
kommt an sein Ende.
Gas aus, Wachstum
aus, Sicherheit aus.
Höchste Zeit, dass
wir umdenken. **Tun
wir das nicht, wer-
den wir nicht nur an
Wohlstand, sondern
auch Sicherheit und
Freiheit einbüßen.**



**ANTON
HOFREITER**

Gemäss «NZZ am Sonntag» vom vergange-
nen 1. September «teilte Gaillards Experten-
kommission der Armee Ende Juni mit, dass
sie ein weniger steiles Wachstum des Ver-
teidigungsbudgets ins Auge fassen: Statt 6,14
Prozent soll dieses nur noch 4,25 Prozent be-
tragen. Was nach Zahlenklauberei tönt, wür-
de richtig einschenken. Der Bund könnte so
mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr
sparen. Aber für die Armee hätte es gravie-
rende Folgen: Sie wäre erst deutlich später
wieder voll ausgerüstet. Insbesondere bei den
Bodentruppen dürften so für längere Zeit Lü-
cken bleiben.»

Konkret würde das heissen, dass unsere Ar-
mee und hier insbesondere das Heer frühes-
tens in den Jahren ab 2040 (!) eine erste Ver-
teidigungsbereitschaft erreichen würde, was
im Lichte der aktuellen geo- und sicherheits-
politischen Lage als völlig ungenügend be-
zeichnet werden muss. In diesem Zusammen-
hang ist einmal mehr darauf hinzuweisen,
dass es vom Moment des Beschaffungsent-
scheidens bis hin zum Erreichen einer ersten
operationellen Einsatzbereitschaft - abhän-
gend von der Komplexität des zu beschaf-
fenden Waffensystems – in der Regel 10 -15
Jahre dauert!

Allein schon diese Zeitspanne belegt ein-
drücklich, dass die von der Expertengruppe
zur Bereinigung des Bundeshaushalts unter
der Leitung von Serge Gaillard vorgeschla-
gene weitere Erstreckung der dringlichen
Erhöhung unserer Verteidigungsausgaben in
einem sicherheitspolitischen Desaster mit po-
tenziell verheerenden Folgen für unser Land

«Hart aber fair»

Montag, 4. März 2024

Der Grüne-Politiker Anton Hofreiter (54) hat
in der ARD-Talkshow «Hart aber fair» offen
wie kaum ein anderer deutscher Politiker
schwerste Fehler im Umgang mit Putin
eingestanden.

Auf die Frage von Talkmaster Louis Klamroth
(34), ob er nach dem verbrecherischen Angriff
des Diktators auf die Ukraine mit «alten
Idealen» habe brechen müssen, antwortete
Hofreiter: «**Nein! Ich habe mit Irrtümern
brechen müssen!**»

und seine Bevölkerung resultieren könnte.
Auch der Schlussfolgerung, «dass das Land
auf absehbare Zeit nicht von einem Angriff
auf Schweizer Boden bedroht sei», muss in
dieser Form und Absolutheit widersprochen
werden. Denn die dafür notwendigen Potenzi-
ale sind vorhanden bzw. werden zurzeit
wieder auf- und ausgebaut. Ein moderner
Multidomain-Konflikt ist raumgreifend und
findet gleichzeitig im Verbund am Boden, zur
See, in der Luft, im All, im Cyberspace sowie
dem elektromagnetischen und Informations-
Raum statt. D.h. primär in Operationssphä-
ren, die keine Landesgrenzen kennen!

In der seinerzeitigen WEA-Vorlage hat man
der Schweizer Bevölkerung eine Vollausrüs-
tung seiner Armee versprochen. Diese ist bis
heute bei Weitem noch nicht umgesetzt. Von
den 17 Infanterie Bataillonen können der-
zeit lediglich 6 als vollauserüstet bezeichnet
werden, um nur ein Beispiel von mehreren zu
nennen. Die dafür benötigten Budgetmittel
fanden anderweitig und ausserhalb des VBS
Verwendung. Bundesrat und Parlament ha-
ben uns in dieser Angelegenheit schlichtweg
angelogen.

Ich bitte Bundesrat und Parlament dafür be-
sorgt zu sein, dass wir das, im Zusammen-
hang mit der Zuweisung der finanziellen
Mitteln im Rahmen der Budget- und Finanz-
planungsdebatte in den uns bevorstehenden
Herbst- und Wintersessionen, nicht noch ein-
mal erleben müssen. Es wäre das definitive
Ende der in unserer Verfassung fest veranker-
ten und geforderten Landesverteidigung. Ich
bin als Staatsbürger und Offizier tief besorgt!

Zur Person:

Anton Gerhard Hofreiter, bekannt auch aus
diversen Talksendungen im ARD / ZDF, geb.
2. Februar 1970 in München, ist ein deutscher
Politiker (Bündnis 90/Die Grünen) und Bio-
loge. Er ist seit 2005 Mitglied des Deutschen
Bundestages. Von 2013 bis 2021 war er neben
Karin Göring-Eckardt Vorsitzender der grü-
nen Bundestagsfraktion. Seit 2021 ist er Vor-
sitzender des Ausschusses für die Angelegen-
heiten der Europäischen Union.

Es sei hier angefügt, dass die Grünen in
Deutschland ein ganz anderes Profil haben
als jene in der Schweiz! (PB)



**ANDREAS
STREIFF**

Präsident des Unteroffiziersvereins Uster

Der ehemalige Kommandant der US Army in Europa **Ben Hodges** sagt: «Wenn die Ukraine zu Konzessionen gezwungen wird, verliert die Souveränität ihren Wert»

Aus dem Schweizer Soldat, Oktober 24: Am Rande eines Anlasses war erneut zu erfahren, dass es heute in Europa Länder gebe, deren Regierung verlange, dass in die Schweiz kein Kriegsmaterial mehr verkauft werde und dass dort auch kein solches eingekauft werde. Dies als Folge der unverständlichen «Zurückhaltung» der Schweizer Regierung mit der Bewilligung und Lieferung von Kriegsmaterial an die Ukraine. Die Haltung der Schweiz stösst im Ausland vielerorts auf Ablehnung.

Vorwarnzeit von 10 Jahren: Wir tun, als hätte sich nichts geändert

Wieviel Zeit bleibt für die Wiederherstellung einer glaubwürdigen Landesverteidigung? Bis 2022 wurde mit 10 Jahren **Vorwarnzeit** gerechnet, die wir nutzen könnten, um uns auf einen Angriff vorzubereiten. Heute ist klar, dass diese Frist sich verkürzt hat und nicht reichen wird um die Armee wieder kriegstauglich zu machen. Während 30 Jahren wurde die Armee sträflich vernachlässigt. Im heutigen Zustand kann sie ihre eigentliche Aufgabe leider nicht erfüllen.

Die Lage ist so bedrohlich wie in den späten Dreissigerjahren. Damals hatten sich linke und rechte Parteien geeinigt alles zu tun, um dem wachsenden Druck standhalten zu können. Und heute? Im Parlament blockieren linke und rechte Parteien den dringend nötigen Wiederaufbau unserer Landesverteidigung. Inzwischen hat der Krieg im Cyberspace und im Bereich **Desinformation** (Lügenpropaganda) auch unsere Gesellschaft erreicht. Es fehlt die geistige Landesverteidigung.

Im Bundeshaus scheint sich noch nichts bewegt zu haben. Aber vieles deutet darauf hin, dass in der Bevölkerung ein Umdenken stattgefunden hat. Unter den veränderten Umständen konzentrieren sich auch die ausserdienstlich tätigen Verbände auf ihre ursprüngliche Aufgabe: Sie leisten einen Beitrag in der Aus- und Weiterbildung der Armeeangehörigen. Die Unteroffiziersvereine sind parteipolitisch neutral, aber sie engagieren sich seit jeher für eine **starke Landesverteidigung**.

Vor 185 Jahren, bei der Gründung des ersten Zürcher Unteroffiziersvereins, war die Erinnerung an die **Franzosenzeit** noch lebendig: Die Jahre nach dem Untergang der alten Eidgenossenschaft waren geprägt von den Raub- und Feldzügen französischer, österreichischer und russischer Truppen kreuz und quer durch unser Land. Die Schweiz kannte den Preis, der zu zahlen ist, wenn ein Volk sein Territorium, seine Freiheit und Unabhängigkeit nicht verteidigen kann. *Nie wieder soll uns so etwas passieren!* das waren sich 1864 auch die Gründer des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes einig.

Neutralität

Mit der «Entnapoleonisierung» Europas verpflichtete sich die Schweiz zur bewaffneten Neutralität. Wir hatten den Nachbarn

zu garantieren, dass keine fremden Truppen über Schweizer Territorium die Front umgehen können. In den Grenzbesetzungen 1866, 1870/71, 1914/18 und 1939/45 hat unsere Armee ihren Auftrag erfüllt. Dank der glaubwürdigen Landesverteidigung wurde die Schweizer Neutralität respektiert. Andere neutrale Kleinstaaten blieben vom Krieg nicht verschont.

1946 begann der **Kalte Krieg**. Die Trennlinie zwischen Ost und West lief nun nicht mehr durch die Schweiz. Österreich und die Schweiz ragten wie ein Korridor tief ins Natogebiet hinein. Mit einem Angriff auf diese blockfreien Länder hätte Russland ohne den NATO-Bündnisfall auszulösen die Front in zwei Hälften teilen können. Für die USA und ihre Verbündeten stellte sich die Frage, ob die Neutralen in der Lage gewesen wären, die Sowjetarmee und die Truppen des Warschauer Paktes aufzuhalten.

«Freiwillige vor» heisst ein von der Sektion UOV Glatt- und Wehntal produzierter 16mm-Film, mit dem für die **Panzerabwehrkurse** des SUOV geworben wurde. Das Dokument stammt aus der Zeit des Ungarischen Volksaufstandes: Ende Oktober 1956 drohte der **Kalte Krieg** zu einem heissen zu werden. Ein Eingreifen der NATO in Ungarn hätte zum Ausbruch des 3. Weltkriegs geführt. Im Bewusstsein, dass unser Land ungenügend vorbereitet war auf die Abwehr eines Angriffs, wie ihn die Sowjetarmee in Budapest ausführte, organisierten die Unteroffiziersvereine im ganzen Land die Ausbildung von Armeeangehörigen und Zivilisten in der **Panzer-Nahbekämpfung**. Die Empörung über den russischen Überfall und die heimtückische Ermordung des Ungarischen Präsidenten Imre Nagy sorgte in allen Landesteilen für ein starkes Echo auf das Angebot der Unteroffiziersvereine. Diese instruierten schweizweit 12'272 Kursteilnehmer im Umgang mit Panzerwurfgranaten, Pz-Minen, Molotow-Cocktails und dem neuen Raketenrohr 50. Die ausserdienstlich aktiven Organisationen verzeichneten einen starken Mitgliederzuwachs.

Der Grundgedanke bei allen freiwilligen Anstrengungen war, dass man sich auf den Krieg vorbereiten muss, um ihn verhindern zu können. In der **Armee 61** hiess das strategische Konzept **Dissuasion**: *Wer uns an-*

Wolfgang Ischinger:

Im Zusammenhang mit der Krim-Annektion und dem Beginn des Ukraine-Krieges hatte sich eine inoffizielle «Putin-Doktrin» entwickelt, die sinngemäss lautet: Moskau hat das Recht, zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung im Ausland zu intervenieren - und zwar allein auf Grundlage von Moskaus Einschätzung, ob, wann und wie dieser Schutz benötigt wird.

Nico Lange:

Russland hat das Ziel, ukrainische Städte unbewohnbar zu machen, damit eine neue Flüchtlingswelle ausgelöst wird, die dann von denen politisch ausgenutzt wird, die bei uns Russlands Lied singen: «**Der Ukraine nicht helfen, aber auch keine Flüchtlinge aufnehmen.**»

Und: Sich von russischen ballistischen Raketen beschossen zu lassen und Start-rampen nicht bekämpfen oder zumindest verdrängen zu können, ist furchtbar. Ein Einsatz weitreichender Waffen im Rahmen des Völkerrechts kann Leben, Infrastrukturen und militärische Ressourcen schützen.

*zugreifen wagt, muss wissen, dass er einen hohen Eintrittspreis zahlen wird und unsere Freunde sollen wissen, dass sie sich auf die Schweiz verlassen können. Wir wollen und können dieses Land verteidigen. Es gibt kein **militärisches Vakuum** mitten in Europa.»*

Zeit der Armeeabschaffer

In den 1990er-Jahren sass ich im Zentralvorstand des SUOV, der sich damals mit der Kommission Brunner auseinandersetzen musste und Stellung bezog zur einsetzenden Serie von **Armee-reformen**, die nun erstmals nicht mehr die **Stärkung der Landesverteidigung** zum Ziel hatten, sondern deren **Schwächung**. Wir kämpften auf verlorenem Posten und mit verkehrter Front: Unsere Gegner waren nicht mehr die bekannten Armeeabschaffer. Es nutzte nichts zu warnen, dass sich die Bedrohungslage auch wieder ändern könne, und dass zentrale Elemente dieser «Reform» praktisch irreversibel sein werden. Der radikale Abbau der Armee war unverantwortlich gegenüber der jungen Generation, die bei Kriegsgefahr eine gewaltige Anstrengung unternehmen muss, um zu korrigieren, was in guten Zeiten kaputtgespart worden ist.

Aufwuchs als Beruhigungsspiel

Zur Beruhigung der Gemüter wurde der Begriff **Aufwuchs** erfunden: Bei Bedarf könne man auf dem Markt die fehlenden Waffen beschaffen und die Dienstpflicht wieder ausweiten, um personelle Unterbestände abzumildern. Über die **Kosten** einer solchen Wiederaufrüstung konnte man nicht konkret etwas sagen, aber man meinte dem Publikum versprechen zu können, dass dank dem Zusammenbruch des Ostblocks bis auf weiteres keine Gefahr mehr bestehe. Die Rede war von einer **Vorwarnzeit von zehn Jahren**, die wir haben werden, wenn der Feind mit der Aufrüstung beginnt. Es wurde nicht definiert, welches Gremium aufgrund welcher Warnsignale dem Volk und den Behörden rechtzeitig mitteilen würde, wann diese zehnjährige Gnadenfrist beginnt, und es an der Zeit wäre, für den Aufwuchs das Geld einzusetzen, das man in guten Zeiten vergessen hat, für diesen Fall beiseitezulegen. Dem damaligen Parlament, dem Bundesrat und der Armeeführung hat man zugetraut, dass sie eine Verschärfung der Lage rechtzeitig erkennen und die entsprechenden Massnahmen einleiten würden.

Heute stehen wir vor einem **Scherbenhaufen**. Schaffen wir es, die seit vielen Jahren bestehenden Fähigkeitslücken zu schliessen und die Bestandesprobleme zu lösen?

Die Armeeführung hat erklärt, was es kostet, unser Land wieder verteidigungsfähig zu machen. Während Russland, Europa, die USA und China massiv aufrüsten, reden bei uns die Parteien darüber, wie man allenfalls innerhalb welcher Frist die vom VBS benötigten Gelder organisieren könnte. Dabei bleiben unseren Volksvertretern aber alle anderen Themen wichtiger als die Landesverteidigung. Interessengruppen, die 30 Jahre lang die **Friedensdividende** eingesackt haben, wollen nicht wirklich etwas von dem hergeben, was sie selber brauchen, um ihre Gefolgsleute bei Laune zu halten. Wenn das jetzt nicht ändert, werden unsere Soldaten im Ernstfall mit schlechter Ausrüstung, veralteten Waffen, fehlenden Systemen, ungenügendem Munitionsvorrat und ohne Luftunterstützung antreten müssen.

Nicht nur bei der Finanzierung gibt es keine Fortschritte; auch in anderen Bereichen wird nichts getan, um die offensichtlichen Missstände zu beheben. Das gilt zum Beispiel für den **Zivildienst**: Dass diese vom Bund gehätschelte Institution keinen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes leistet, ist so gewollt. Dass sie aber der Landesverteidigung schadet, war ursprünglich nicht so gedacht. Es ist widersinnig, dass der Bund eine Organisation als Konkurrenz zur Armee betreibt. Ein solcher «Zivildienst» gehört abgeschafft und das Angebot ist wieder auf die Bedürfnisse derjenigen zu konzentrieren, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können. Der Rest hat sich in den Dienst der Verteidigung zu stellen, zum Beispiel mit einer Eingliederung in den Zivilschutz.

An der Zeit wäre es auch, den Milizangehörigen, Schützen und Veteranen, die freiwillig in ihrer Freizeit einen Beitrag zur Wehrbereitschaft leisten, wieder mehr Anerkennung und Unterstützung zu geben. Dringend wäre es, auf den für die militärische Ausbildung reservierten Schiessplätzen wieder dem Schiessbetrieb Vorrang zu geben und die Bedürfnisse von Naherholung, Lärm- und Naturschutz aus aktuellem Anlass zurückzustufen.

Wir hoffen, dass der Ernst der Lage endlich erkannt wird und unsere Volksvertreter aufhören, die **Wiederinstandstellung von Armee und Zivilschutz** zu verzögern. Der Staat, trägt die Verantwortung für seine Bürger, die er **zum Wehrdienst verpflichtet**. Die Soldaten haben Anrecht darauf, mit der bestmöglichen Ausrüstung und in einer gut organisierten, kriegstauglichen Armee ihre Dienstpflicht zu leisten.

**DR. MAURO
MANTOVANI**

**Dozent Strategische
Studien, MILAK an
der ETH Zürich**



ISBN 978-3-7965-5156-7

Der Autor zeigt, wie die Schweizer Armee von einer tief in der Gesellschaft verankerten Grossorganisation zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes zu einer Hilfsorganisation für die zivilen Behörden umgestaltet wurde.

Impressum:
Forum Flugplatz
Dübendorf
8600 Dübendorf
Postkonto: 80-47799-0
IBAN: CH49 0900 0000
8004 7799 0

Homepage 1:
forum-flugplatz.ch
Mailadresse 1:
info@forum-flugplatz.ch
Homepage 2:
swiss-f35.ch
Mailadresse 2:
info@swiss-f35.ch
Die Entnahme von
Artikeln ist nur in
Absprache mit der
Redaktion gestattet.

Wie ernst ist die Bedrohungslage?

Die militärische Bedrohung ist für Westeuropa so hoch wie seit 1990 (deutsche Wiedervereinigung) nicht mehr. Insofern ist die Lage durchaus ernst. Die russische Bedrohung der Schweiz dürfte kurzfristig wohl eher im Luft- und Cyberraum bestehen als auf dem Boden. Der Bundesrat stuft die Wahrscheinlichkeit eines ballistischen Angriffs auf die Schweiz neu als «eher wahrscheinlich» ein.

Was bedeutet das genau?

Die Überlegung, die solchen Einschätzungen zugrunde liegt, geht dahin, dass Moskau versucht sein könnte, seine Bereitschaft und Fähigkeit zur Eskalation zu demonstrieren, ohne den Beistandsartikel der NATO auszulösen. Eine Option wäre somit ein Einsatz militärischer Mittel nahe an der NATO-Bündnisgrenze, aber gerade noch ausserhalb.

**Braucht man diese Hochstufung auch,
um die Grundlage für mehr finanzielle
Unterstützung für die Armee
zu schaffen?**

Die Bedrohung ist real gestiegen. Es geht nicht um die Befriedigung von Partikularinteressen, sondern darum, einen Zustand der Sorglosigkeit zu beenden.

**Wie wahrscheinlich ist eine weitere
Eskalation in Europa in
den nächsten Jahren?**

Ich beurteile sie als sehr wahrscheinlich, solange Putin an der Macht ist. Jeder Ausgang des Ukrainekrieges, von einem Sieg bis zu

einer Niederlage, würde seine Aggressivität weiter steigern. Es besteht die reale Gefahr, dass sich der Ukraine- und der Gaza-Krieg ausweiten. Ukraine, Nahost, Taiwan, Nordkorea, Berg-Karabach, etc. *Es entsteht der Eindruck, dass weltweit derzeit besonders viele kriegerische Konflikte entflammt sind.*

Deckt sich das mit der Realität?

Die Anzahl und Intensität von militärischen Konflikten in Eurasien hat in den letzten Jahren messbar zugenommen, ebenso sind die weltweiten Rüstungsausgaben gestiegen. Die «Weltuntergangsuhr», die «Doomsday Clock», zeigt seit einem Jahr den höchsten Stand an: 90 Sekunden vor Mitternacht.

**Viele Länder wie Russland, China,
Iran oder Nordkorea rüsten stark auf
und machen mit Drohgebärden auf
sich aufmerksam. Besteht das Risiko
eines Dritten Weltkriegs?**

Von «Weltkrieg» würde ich aber erst sprechen, wenn auch amerikanische Truppen direkt in Kampfhandlungen eingreifen, was nicht so rasch geschehen dürfte. Auch von atomarer Aufrüstung – etwa durch Russland im All – ist die Rede.

Braucht Europa eigene Atomwaffen?

Sollte Donald Trump tatsächlich nochmals Präsident der USA werden, wäre die nukleare Garantie für Europa infrage gestellt. Im Hinblick darauf ist es angezeigt, dass sich Europa Gedanken zu einer eigenen nuklearen Abschreckung macht.



**Werden Sie Mitglied vom Forum Flugplatz Dübendorf für eine
effiziente Luftwaffe und glaubwürdige Landesverteidigung**

Unter dem Namen «Forum Flugplatz Dübendorf» wurde 1990 in Dübendorf der unabhängige Verein im Sinne von Art. 60/ZGB gegründet. Die Vereinsmitglieder bekennen sich zu einer effizienten Luftwaffe und glaubwürdigen Landesverteidigung im Sinne der Verfassung. Mit Ihrem Beitritt oder Ihrer Spende unterstützen Sie unsere Bemühungen und den Kampf für den Erhalt einer glaubwürdigen Armee. Wir danken Ihnen und freuen uns auf Sie!

Beitrittserklärung

Hiermit beantrage ich, dem Verein beizutreten. Bitte senden Sie diese Anmeldung an das Forum Flugplatz Dübendorf, 8600 Dübendorf mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitgliederbeitrages von 25 Franken auf unser Postkonto: 80-47799-0.

Adresse:

Name: Vorname:
Strasse: PLZ/Ort:
Telefon:..... Mailadresse:
Unterschrift: Datum: